



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 25. Oktober 2019

Band 13, Ausgabe 14

## Themen

- **Klimaschutz**
- **Umweltschutz**
- **Soziales**
- **Wirtschaft**

**«Buntheit anerkennen heißt nicht, dass einem jede Farbe gefällt.»**

(Der kirchenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Hermann Gröhe, bei einem Kongress der Fraktion zum Verhältnis von Politik und Kirchen)

### In dieser Ausgabe:

- Gegen Sozialdumping und Schwarzarbeit 2
- Höhere Entlohnung von Pflegedienstleistungen 2
- Rückführung des Soli eingeleitet 3
- Schutz vor und von Wölfen 3
- Bürokratieentlastungsgesetz 3
- Landwirtschaft zukunfts-fähig aufstellen 4

## Erste Beratung Klimaschutzgesetze

Zur Umsetzung des umfassenden Klimapakets der Koalition haben wir in dieser Woche die ersten Gesetze in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Diese Gesetze sollen eine gesetzliche Normierung der Klimaschutzziele erlauben, zu deren Einhaltung sich die Bundesregierung 2015 auf dem Klimagipfel von Paris verpflichtet hat. Dabei sollen die Sektorziele des Klimaschutzplanes in jährliche Emissionsbudgets für jeden Sektor übertragen werden. Anpassungen der Emissionsbudgets sollen im Verordnungsweg erfolgen können. Weitere Bestimmungen, etwa über die Kontrolle der Klimaziele, sind ebenfalls Teil des Gesetzes.

Derzeit geht es vor allem auch um die Gesetze, aus denen die Bürgerinnen und Bürger ab 2020 einen konkreten Nutzen ziehen.

Wir beraten wie das Steuerrecht so angepasst werden kann, dass es zu einer stärkeren Förderung umweltfreundlichen Verhaltens beiträgt. Unser

Leitgedanke dabei ist, dass diese Förderung sozial ausgewogen ist und das Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion über das Setzen finanzieller Anreize erreicht wird.



Anreize, die hier geregelt werden, sind unter anderem die steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden, die Absenkung der Mehrwertsteuer im Bahnfernverkehr sowie ab dem Jahr 2021 die Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer.

Gleichzeitig verteuern wir die Flüge. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll eine Erhöhung der Luftverkehrssteuer um 74 Prozent in der Kurzstrecke und je 41 Prozent in der Mittel- und Langdistanz erfolgen.

Das Klimapaket der Koalition ist eine Antwort aus der Mitte der Gesellschaft heraus. In unserem Sinne haben

wir dafür gesorgt, dass die Klimaschutzpolitik marktkonform und technologieoffen ausgefallen ist. Im Mittelpunkt steht der mündige Bürger.

### Wir stehen zur Landwirtschaft

Klimaschutz ist wichtig, aber die Landwirtschaft auch. Wir müssen daran denken, wer uns ernährt. In Deutschland werden gutes Obst und Gemüse, gute Milchprodukte und gutes Fleisch produziert. Wir wollen, dass das so bleibt. Die Betriebe brauchen einen fairen Rahmen, Planungs- und Rechtssicherheit. Es wird nur gemeinsam gehen: Wir, die Politik, setzen uns für einen fairen Rahmen in Deutschland und auf EU-Ebene ein. Und alle, die Klimaschutz wollen, müssen wissen, dass das nicht zum Nulltarif geht. Jeder einzelne kann die Angebote der Landwirte nutzen: Er sollte sich die Betriebe in seiner Heimat ansehen. Zudem schätzen wir die stabilisierende Kraft der Landwirtschaft im ländlichen Raum. Sie sorgt dafür, dass der ländliche Raum eine so lebenswerte Heimat für viele Menschen ist.

## Gegen Sozialdumping und Schwarzarbeit

Am Donnerstag haben wir das sogenannte Paketbotenschutzgesetz verabschiedet. Mit dem Gesetz setzen wir ein klares Zeichen: Lohn- und Sozialdumping hat in Deutschland keinen Platz. Die Koalition hat deshalb vereinbart, die Nachunternehmerhaftung für Sozialabgaben, wie wir sie bereits in der Baubranche und Fleischwirtschaft kennen, auch auf die Kurier-, Express- und Paketbranche auszudehnen.

Hauptunternehmer, die sich zur Paketbeförderung eines Subunternehmers bedienen, haften jetzt neben dem Subunternehmer für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge für dessen Beschäftigte. Wir werden es

nicht zulassen, dass sich in bestimmten Branchen Geschäftsmodelle breit machen, die einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen. Das widerspricht unserem Verständnis von sozialer Marktwirtschaft und beschädigt den Wettbewerb.



Für die Ehrlichen in der Branche haben wir Ausnahmen von der Nachunternehmerhaftung geschaffen. Zertifizierte Unternehmen und Unternehmen, die

eine Unbedenklichkeitsbescheinigung von den Beitrags einzugsstellen oder der Unfallversicherung vorweisen können, werden von der Nachunternehmerhaftung nicht erfasst. So können wir die schwarzen Schafe in der Branche schneller identifizieren und sanktionieren.

Es bleibt allerdings unabdingbar, dass der Zoll weiterhin verstärkte Kontrollen in der Paketbranche durchführt. Deshalb ist für die Union die personelle Aufstockung des Zolls ein zentraler Baustein im Kampf gegen Schwarzarbeit und Sozialdumping. Zudem haben wir eine klare Abgrenzung zur Speditionsbranche ins Gesetz geschrieben.

## Höhere Entlohnung von Pflegedienstleistungen

Mit dem Pflegelöhneverbesserungsgesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe gemacht. Wir schaffen die Grundlage zur Festsetzung von Mindestentgelten in der Pflegebranche. Zwei Wege werden dafür eröffnet:

Zum einen die Erstreckung eines Tarifvertrages auf die gesamte Pflegebranche.

Zum anderen die Festsetzung von Mindestentgelten auf Grundlage eines Vor-

schlages der bereits bestehenden Pflegekommission.

Die Pflegekommission, ein 8-köpfiges Gremium aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Kirchen, die in der Pflegebranche tätig sind, wird jetzt als ständiges Gremium beim Bundesministerium etabliert. Sie kann durch die gesetzlichen Änderungen jetzt noch schneller auf neue Entwicklungen in der Branche angemessen reagieren.

Damit schaffen wir einen Rahmen, der sozialpartnerschaftliche Lösungen ermöglicht, die für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Jetzt sind die Sozialpartner gefordert, schnell zu handeln und die hierfür so wichtigen Vereinbarungen zu treffen.

Wir leisten mit diesem Gesetz einen wichtigen Beitrag dafür, dass in Deutschland künftig qualitativ hochwertige Pflege auch gut entlohnt wird und die Pflegekräfte die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.

Das Pflegelöhneverbesserungsgesetz ist Teil der Konzertierten Aktion Pflege, die wir vor einem knappen Jahr ins Leben gerufen haben.

In der Konzertierten Aktion Pflege waren wir uns mit allen Akteuren in der Pflege einig, Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeitssituation von Pflegekräften zu vereinbaren.



## Rückführung des Soli eingeleitet

Diese Woche haben wir endlich den Abbau des Solidaritätszuschlages ab 2021 eingeleitet und seine Rückführung in erster Lesung beraten.

Durch die vorgesehene Regelung werden ca. 90 % der Soli-Zahler vollständig entlastet. Darüber hinaus werden weitere 6,5 % der Steuer-



zahler weniger Soli zahlen müssen. Dieser Abbau stellt das größte Entlastungsprojekt für die arbeitende Mitte in dieser Legislatur dar.

Zudem halten wir Wort: 30 Jahre nach dem Mauerfall haben wir gemeinsam in und für die ostdeutschen Länder viel erreicht.

In der DDR waren ganze Landstriche und Städte abgewirtschaftet, der Wiederaufbau nach der Deutschen Einheit wäre ohne den Soli so nicht möglich gewesen.

Klar ist aber auch, wir hätten uns beim Soliabbau mehr gewünscht. Wir werden weiter daran arbeiten, dass auch der zunächst verbleibende Rest des Solidaritätszuschlages abgebaut wird.

## Schutz vor und von Wölfen

Die Vermehrung des Wolfes in den letzten Jahren hat vor allem in ostdeutschen, aber auch ländlichen Gebieten im ganzen Land ein gefährliches Niveau erreicht. Es gibt immer wieder Übergriffe durch Wölfe auf Haus- und Nutztiere.

Wir passen nun das Bundesnaturschutzgesetz an, um einen realistischen Umgang mit der Bedrohung zu ermöglichen. Dazu senken wir die Schwelle, ab der eine rechts-

sichere Tötung möglich ist. Der Gesetzentwurf enthält das derzeit politisch Machbare. Aus unserer Sicht führt darüber hinaus künftig kein Weg daran vorbei, mit Blick auf das Sicherheitsbedürfnis der Bürger und den Schutz von Haus- und Nutztieren den Wolfsbestand zu regulieren.

Die neuen Regelungen bringen wichtige Fortschritte beim Um-

gang mit dem Wolf, führen zu mehr Schutz der Bürger, verbessern die Situation der Nutztierhalter und helfen beim Schutz ihrer Tiere.



Damit helfen sie auch bei der Schaffung von Akzeptanz bei der Wiederansiedlung des Wolfes. Der Schutz des Wolfes als einer streng geschützten Art wird gleichzeitig sichergestellt.

## Bürokratieentlastungsgesetz

Mit der Verabschiedung des Bürokratieentlastungsgesetzes III in zweiter und dritter Lesung schaffen wir den Rahmen für Einsparungen von rund 1,1 Milliarden Euro für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft.

Das Gesetz umfasst im Wesentlichen drei Maßnahmen:



Erstens wird durch die Einbeziehung der Arbeitgeber in das elektronische Verfahren zur Übermittlung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung die Einreichung des „gelben Zettels“ durch den Arbeitnehmer überflüssig gemacht.

Zweitens wird die Vorgehaltung von Datenverarbeitungssystemen für steuerliche Zwecke erleichtert. Künftig

reicht es aus, wenn der Steuerpflichtige fünf Jahre nach einem Systemwechsel oder einer Datenauslagerung nur noch einen Datenträger mit den gespeicherten Steuerunterlagen vorhält.

Drittens wird parallel zum bisher üblichen papiergebundenen Meldeschein (rund 150 Mio. im Jahr) im Beherbergungsgewerbe optional ein digitales Meldeverfahren eingeführt.

AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Nicht wir und auch nicht ich werden grün. Wir bleiben in Bayern weiß-blau, liebe Freunde. Denn das ist unsere Linie, das ist unsere Politik und dazu stehen wir auch.»**

(Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Parteivoritzender)

## Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen

Die Landwirtschaft in Deutschland ist modern, vielfältig und wettbewerbsfähig. Das belegt auch der diese Woche vorgestellte Agrarbericht der Bundesregierung. Wir wollen, dass das so bleibt. In Deutschland produzierte Lebensmittel sind die sichersten der Welt. Es liegt in unser aller Interesse, dass Lebensmittel weiterhin bei uns vor der Haustür erzeugt werden.

Der Bericht zeigt auch, dass das Einkommen Landwirte in den letzten Jahren erheblichen Schwankungen unterworfen war. Wir müssen Planungssicherheit für die Landwirte schaffen. Daher setzen wir uns auch für eine kontinuierliche Förderung durch die Mittel der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik ein.

Landwirtschaft in Deutschland steht für gelebte Nachhaltigkeit und Landschaftspflege. Das funktioniert nur, wenn Industrie, Handel und wir Verbraucher bereit sind, diese Leistungen auch zu entlohnen. Landwirtschaft braucht einerseits gesellschaftliche Anerkennung für die vielfältige Arbeit der Landwirtinnen und Landwir-

te. Andererseits müssen sich Handel und Industrie bei der Preisbildung hinter die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland stellen. Nur gemeinsam können die anstehenden Herausforderungen bewältigt werden.

Dazu brauchen wir einen Zukunftsvertrag für die Landwirtschaft. Die Bauernproteste in dieser Woche zeigen uns deutlich: In der Landwirtschaft brodelt es. Familien verzweifeln. Von ihnen wird die Quadratur des Kreises verlangt. Der Grill darf etwas kosten, das Fleisch darauf nicht. Notfalls kommt die Ware aus dem Ausland. Wie dort produziert wird, interessiert nicht. Bio wird gefordert, aber kaum gekauft.

Es gibt nackte Existenzangst. Hinzu kommt die gesellschaftliche Ächtung. Viele reden über die Landwirte, aber nicht mit ihnen. Die Landwirte fühlen sich verlassen - und kapitulieren. Seit 1990 haben 57 % der Betriebe aufgegeben. Das verändert auch das Land.

Die Proteste sind Weck- und Hilferuf. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland

brauchen einen fairen Rahmen. Sie brauchen Planungs- und Rechtssicherheit. Sie brauchen Respekt. Die Gesellschaft muss sich festlegen: Welche Landwirtschaft wollen wir in Zukunft? Und was sind wir bereit, dafür zu zahlen?

Deshalb fordern wir einen nationalen Zukunftsvertrag, einen Gesellschaftsvertrag. Bindend für alle, über Wahlperioden hinweg.

Auf Europäischer Ebene muss die Haushaltsausstattung für die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf dem bisherigen Niveau erhalten bleiben. Aufgabe der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist es, zahlreiche aktuelle und kommende Herausforderungen zu bewältigen, wie den Erhalt unserer Umwelt und Artenvielfalt sowie den Schutz unseres Klimas. Gleichzeitig muss sie aber auch dafür sorgen, dass Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und weiterhin qualitativ hochwertige Lebensmittel zu angemessenen Preisen liefern kann.

Denn was wären wir ohne unsere Höfe? Ein anderes Land. Bauern ernähren uns, sind Herzschrittmacher für unsere ländlichen Regionen. Sie denken nicht in 10-Jahresplänen sondern in Generationen. Unsere Landwirtschaft hat ihren Wert. Sie ist unverzichtbar. Dazu bekennen wir uns.

